F R A G E S T U N D E

Beginn: 12.25 Uhr
Ende: 13.25 Uhr

1) Anlieferung der neuen „Standln“ am Grazer Hauptplatz

GRin. **Schloffer** stellt an StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch** folgende Frage:

GRin. **Schloffer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrter Herr Stadtrat Rüsch! Meine Anfrage bezieht sich auf die unendliche Geschichte, ich möchte es so titulieren, die unendliche Geschichte der Hauptplatzstandln und möchte einen Jahresrückblick von der Entstehung der Idee einiger Grazer Politiker bis zum offenen Ende, sprich: heute, machen. Wir wurden laufend aus Zeitungsartikeln informiert, weil selbst wusste man über viele Sachen nicht Bescheid und da möchte ich einige Statements aus den Zeitungsartikel, sprich: Graz online. bringen. Am 10. Jänner 2001 konnte man lesen, freudig haben die Grazer Stadtpolitiker vor rund eineinhalb Jahren verkündigt, das heißt bereits 1999, sprich sozusagen im vorigen Jahrtausend, dass sich der Hauptplatz spätestens 2003 im neuen Gesicht präsentieren wird. Auf dem Hauptplatz wurde bisher erst ein neuer Marktstand aufgestellt. Graz online am 15. März 2002: Die Vision vom neuen Hauptplatz mit modernen, mobilen und vor allem einheitlichen Marktständen scheint zum Greifen nahe. 15. Jänner 2003, Mitte 2003 sollte sich schließlich der gesamte Marktplatz in einem einheitlichen, modernen Bild präsentieren, Zitat: Langwierige Verhandlungen über die Innenraumgestaltung kosten mehr Zeit als wir dafür geplant hatten. Die ersten neue Marktstände kommen daher erst im April, der Rest soll jedenfalls noch vor dem Ende des Kulturhauptstadtjahres am Hauptplatz Aufstellung nehmen, verspricht Stadtbauamtsdirektor Werle. Geplant war damals ja auch, dass Künstler die Außenseite der Marktstände gestalten sollen. 6. März 2003, Graz online: Den weiteren Zeitplan für die Hauptplatzgestaltung aus heutiger Sicht stellt Baudirektor Werle vor, noch im März sollen die ersten neuen Hauptstände geliefert werden, geht alles nach Plan, so präsentieren sich noch heuer alle Marktstände in der neuen Form auf dem Hauptplatz. 23. Oktober 2003: Nun endlich scheint ein Ende in Sicht, nur mehr wenige Details würden fehlen, meldete die Firma Draxler und auch die

Stadtbaudirektion bestätigt: Noch im Dezember werden die ersten beiden Stände auf dem Hauptplatz stehen, fixfertig, auch bereits mit neuem Design. 19. Dezember 2003: Nun ist es klar, die alten Standln werden auch Silvester 2004 auf dem Hauptplatz feiern dürfen, bevor der erste neue Marktwagen anrollt, wird im Jänner nun doch noch einmal bei der Erzeugerfirma begutachtet. 31. Mai 2005: Erstes Standl auf dem Hauptplatz gelandet. Bis Ende des Jahres folgen die weiteren. Wo sind sie? Wird noch immer begutachtet und geändert.

Ich stelle an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat Rüsch, folgende

F r a g e :

Wann wird mit der Aufstellung der restlichen neuen Marktstände am Hauptplatz zu rechnen sein? (*Applaus KPÖ*)

StR. Dipl.-Ing. Dr. **Rüsch**: Frau Gemeinderätin! Auch dann, wenn man sich zu einem Erbe bekennt, ist man über das Erbe nicht immer glücklich. Ich möchte gerne zur Beantwortung Ihrer Frage einen einzigen kurzen, aber aus meiner Sicht sehr wesentlichen Rückblick machen. Dem Gemeinderat wurde am 4. Juli 2002 ein Stück zur Beschlussfassung vorgelegt und in diesem Stück ging es im Wesentlichen darum, dass am Hauptplatz neue Marktstände aufgebaut werden sollen. Dieses Stück, das beschlossen wurde, hat aus meiner Sicht zwei große Risken beinhaltet, mit denen wir zu kämpfen haben. Zum Ersten ist, dass bei diesem Beschluss über die neuen Marktwägen kein Standardprodukt bestellt wurde, sondern es wurde ein Architektenentwurf genommen, es wurde ein Produzent gesucht. Darf ich vielleicht einen Vergleich machen. Es wäre ungefähr so, wie wenn der Wirtschaftshof neue Schneeräumgeräte kauft und er nimmt dann nicht irgendein Standardprodukt einer Firma, die eingeführt ist, sondern er beauftragt einen Architekten und sagt, entwerfe mir dieses Auto, einen Designer, und dann wird hier eine Sonderanfertigung gemacht. Damit sind wir sehr, sehr große Produktionsrisiken eingegangen. Das zweite Risiko war, dass hier ein Produkt beschlossen wurde, das die Mehrheit der Standler, der Standbesitzer nicht wollte (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der*

Ordnungsglocke). Es hat dann insgesamt wirklich drei Jahre gebraucht, dass durch Abänderungen, durch Zusatzwünsche, durch Adaptierungen, die von Seiten der Marktstandbesitzer gekommen sind, dann tatsächlich ein Produkt entstanden ist, für das die Marktstandler ihre Zustimmung gegeben haben, das war im Frühjahr 2004. Nun ist diese Zustimmung vorhanden von insgesamt zehn Marktständen, aber wir haben das Problem, dass die Firma Draxler nicht produzieren kann und derzeit mit dem Liefertermin, Sie haben es gesagt, einmal am 31. 12. 2004 nicht liefern konnte, 31. Mai nicht liefern konnte und jetzt zum Jahresende ebenfalls nicht liefern konnte. Wir sind dabei, inzwischen eine juristische Analyse zu holen und ich sage das ganz wertneutral, aus meiner Sicht gibt es insgesamt vier Varianten, die zur Option anstehen. Die erste Variante ist, Firma Draxler produziert fertig, die zweite Variante ist, es wird ein alternativer Produzent beauftragt mit der Produktion, die dritte Variante ist, es kommen Standardprodukte, die es natürlich ebenfalls gibt, auf den Hauptplatz, die vierte Variante ist eine Exit-Strategie. Wir haben das vorbereitet und ich darf Ihnen hiermit sagen, dass wir im Jänner nächsten Jahres, 2006, den Gemeinderat damit wiederum befragen werden und dem Gemeinderat wieder ein Stück vorlegen werden, in dem ich Ihnen meinen Vorschlag dann machen werde, wie wir mit der Frage der Marktstandler weitergehen sollen. Ich kann Ihnen beim besten Willen aus heutiger Sicht keinen Zeitplan nennen, bis wann diese Standln kommen. Aber ich sage es noch einmal, dass wir im Jänner im Gemeinderat hier ein Stück dazu vorlegen werden.

GRin. **Schloffer**: Auf Grund der Erklärung stellt sich für mich die Frage, wie weit oder kann man die Firma Draxler, die Erzeugerfirma der Standln, zur Verantwortung ziehen? Finanziell wie auch immer?

Dr. **Rüsch**: Das ist genau eine derjenigen Fragen, die wir im Moment juristisch klären, wie weit hier etwa alternative Produzenten beauftragt werden können auf Kosten der Firma Draxler, das ist eine der entscheidenden Fragen, die wir im Moment klären und die wir auch im Laufe der nächsten Tage geklärt haben, sodass

auch das im Jänner jedenfalls vorgeschlagen wird oder eben auch nicht. Je nachdem, wie die juristische Analyse ausgeht.

2) Öffnung der Gemeindewohnungen

GRin. **Binder** stellt an StRin. **Kahr** folgende Frage:

GRin. **Binder**: Meine Frage hat mit einer EU-Richtlinie zu tun. Nämlich am 23. Jänner 2006 endet die Umsetzungsfrist für die EU-Richtlinie über die Gleichstellung von AusländerInnen, die sich langfristig in einem EU-Staat niedergelassen haben. Das bedeutet, dass im kommenden Jahr auch Nicht-EU BürgerInnen die Chance haben, eine Gemeindewohnung zu bekommen und der kommunale Wohnbau gefordert ist, entsprechende Angebote zu schaffen. Die Öffnung der Gemeindewohnungen für MigrantInnen, die sich dauerhaft in Graz niedergelassen haben, bietet die Möglichkeit, vielen Menschen, die auf Grund ihrer nichtösterreichischen StaatsbürgerInnenschaft derzeit oftmals zu überteuerten Preisen in Substandardwohnungen und teilweise auch konzentriert in bestimmten Grazer Bezirken wohnen, mit Gemeindewohnungen zu versorgen. Steigende Arbeitslosigkeit und das Aushöhlen des sozialen Netzes, unter anderem Wohnbeihilfenkürzungen, haben auch in der Steiermark allgemein zu einem alarmierenden Ansteigen der Armut geführt. Zwar wurden in den vergangenen Jahren höchst notwendige Sanierungsarbeiten (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), im Grazer Gemeindebau insgesamt 10.398 Gemeindewohnungen und Wohnungen, in denen die Stadt das Einweisungsrecht hat, durchgeführt, die Anzahl neu errichteter Wohnungen seit 1970 steht jedoch in keinem Verhältnis zum tatsächlich vorhandenen Bedarf an leistbarem Wohnraum. So gibt es in Graz beispielsweise immer noch Bezirke, die nahezu keine Gemeindewohnungen aufweisen, etwa Ries, etwa Geidorf.

Meine

F r a g e

daher an dich, sehr geehrte Stadträtin, liebe Elke:

Welche konkreten Pläne für eine effiziente Umsetzung der genannten EU-Richtlinie gibt es vor allem in Bezug auf eine kommunale Wohnbauoffensive?

StRin. **Kahr**: Sehr geehrte Klubobfrau, liebe Sigrid! Die EU-Richtlinie, von der du gesprochen hast, über die Rechtsstellung der langfristig aufenthaltsberechtigten Drittstaatsangehörigen wird die Voraussetzungen für den Zugang zu Gemeindewohnungen auch in Graz verändern. Wir hatten auch Gelegenheit, bei einer vom MigrantInnenbeirat bei einer zweitägigen Tagung darüber zu diskutieren. Ich möchte aber die Gelegenheit deiner Anfrage heute hier auch nutzen sehr gerne, um auf einige Fakten in diesem Zusammenhang hinzuweisen. Die EU-Richtlinie, weil das ist auch den meisten hier Anwesenden im Gemeinderat wahrscheinlich gar nicht bekannt, wurde am 25. 11. 2003 mit dem Bundesgesetz vom 16. August dieses Jahres im Rahmen des Niederlassungs- und Aufenthaltsgesetzes in Österreich innerstaatlich mit Wirksamkeit 1.1.2006 umgesetzt. Dieses Gesetz sieht vor, dass MigrantInnen, die einen mindestens fünfjährigen rechtmäßigen und ununterbrochenen Aufenthalt in Österreich nachweisen können, unter bestimmten weiteren Voraussetzungen eine Aufenthaltsberechtigung, das nennt sich Daueraufenthalt EG, beantragen können. Diese Aufenthaltsberechtigung wird für Graz vermutlich von der Fachabteilung 7c der Steiermärkischen Landesregierung ausgestellt werden, soll für mindestens fünf Jahre gültig sein und auf Antrag ohne weiteres verlängert werden können. Weitere Voraussetzungen sind für den Familienerhalt ein entsprechendes ausreichendes Einkommen, eine Krankenversicherung und die Erfüllung der Integrationsvereinbarung, sprich: Deutschkenntnisse. Eine der Auswirkungen, wie du sie schon angesprochen hast, bedeutet durch diese Gleichbehandlung ihrer Inhaberinnen und Inhaber den Zugang zu den kommunalen Wohnungen der Stadt Graz. Die sich daraus ergebende

Nachfrage nach Gemeindewohnungen lässt sich aber zu dem derzeitigen Zeitpunkt sicherlich nicht feststellen. In Graz gibt es bei einer Einwohnerzahl von 240.000 etwa 4.200 gemeindeeigene Wohnungen und 6.300 Wohnungen mit einem Einweisungsrecht der Stadt Graz, den so genannten Übertragungswohnbauten. Das sind insgesamt 8 % aller in Graz verfügbaren Wohnungen. Auch wenn im Vergleich zu früheren Zeiten, und ich kann mich selber, ich war hier im Gemeinderat 1993, die Wartezeiten insgesamt für die Anspruchberechtigten sich doch wesentlich verkürzt haben, wir hatten früher einmal wirklich jahrelange Wartezeiten, muss darauf hingewiesen werden, dass der steigende Bedarf an Gemeindewohnungen unabhängig von dieser EU-Richtlinie in jedem Fall gegeben ist und auch mein Kollege und Vorgänger Ernest Kaltenegger immer wieder auf das hingewiesen hat und auch versucht hat, und das ist ein wesentlicher Punkt, entsprechende Grundstücke seitens der Liegenschaftsabteilung, in dem Fall der zuständige Stadtrat Riedler, zur Verfügung gestellt zu bekommen. Wichtig ist, das hast du auch selber angesprochen, was die Konzentrierung der MigrantInnen betrifft, dass sie auf wenige Stadtbezirke derzeit aufgeteilt sind. In diesem Zusammenhang ist auch wichtig zu betonen, dass auch die Gemeindewohnungen, nämlich fast zwei Drittel unserer Gemeindewohnungen, in drei Grazer Stadtbezirken konzentriert sind. Ich glaube, hier nicht extra noch betonen zu müssen und das habe ich auch nicht nur als zuständige Stadträtin immer wieder gesagt, dass es notwendig ist, ein öffentliches Wohnbauprogramm zu beginnen, den Bau von Gemeindewohnungen vor allem im gesamten Stadtgebiet anzubieten und aber auch eine verstärkte Schaffung einer Gebietsbetreuung, das ist derzeit notwendig und das wird auch in Hinkunft noch notwendiger werden. Insgesamt ist eine durchdachte und koordinierte Vorgangweise notwendig, um vor allem auch in der Bevölkerung das Bewusstsein für gemeinsame soziale Interessen zu fördern. Dazu gehört auch ein entsprechender Mitteleinsatz, um den entsprechenden Wohnraum zu schaffen und verfügbar zu machen. Die drastischen Einschränkungen des Budgets der Stadt Graz machen aber eine Lösung der Situation in den kommenden Jahren sicherlich nicht leichter. Eine Offensive für den sozialen Wohnbau ist nur dann möglich, wenn die gesamte Stadtregierung hier einen Schwerpunkt setzt, damit geeignet Grundstücke und vor allem finanzielle Mittel für diesen Zweck zur Verfügung gestellt werden. Außerdem ist eine wirksame Unterstützung seitens des Landes Steiermark und des Bundes notwendig. Deshalb werde ich auch noch in diesem Jahr die notwendigen Gespräche mit dem

zuständigen Landesrat führen, hier ist auch schon ein Termin fixiert, und ich möchte in diesem Zusammenhang vor allem eines betonen, das mir besonders wichtig ist, hier im Hause eine gemeinsame Vorgangsweise, möglichst die von allen Parteien getragen wird, auch zu finden und deshalb werden wir im Jänner, nach dem 6. Jänner, hier auch alle Wohnungssprecher und Mitglieder des Wohnungsvergabeausschusses zu einem Gespräch einladen, wo ich einerseits über die Gespräche, die im Land geführt wurden, informiere und auch über die notwendig vorbereitende Umsetzung der Richtlinie (*Applaus KPÖ*).

3) Advent in Graz

GRin. Mag **Uray-Frick** stellt an StR. **Eisel-Eiselsberg** folgende Frage:

Mag. **Uray-Frick**: Sehr geehrter Herr Stadtrat! Es gehört bei uns schon dazu, dass, wenn Initiativen gesetzt werden, diese auch heftig kritisiert werden, ich denke nur an die „Motschgerer“, die jedes Jahr wegen des Christbaumes in Aktion treten. Das erinnert mich ein bisschen an meine Kindheit, wo wir auch immer den Christbaum, den mein Vater aus dem Wald geholt hatte, als „Krüppelkiefer“ bezeichneten, bis ich eines Tages mit meinen Vater selbst in den Wald begangen bin und gemeint habe, wir brachten schönsten Baum, den es im ganzen Wald gab, nach Hause, bis wir nach Hause kamen, die Kommentare meiner Brüder und meiner Mutter waren die gleichen wie jedes Jahr und so ähnlich ist es auch mit den Grazer Adventmärkten und allem, was sich so rundherum abspielt.

Jahrelang haben wir einen Christkindl- oder Weihnachtsmarkt gefordert und seit wir die Adventmärkte haben und die ARGE Advent mit großem Engagement bei der Sache ist, wird heftig Kritik geübt. Natürlich ist der Adventmarkt vor dem Rathaus mit Kitsch überlagert, für meinen Begriff gibt es auch zu viele Stände, die zur Illuminierung der Besucher beitragen, aber dort ist auch immer am meisten los und der Kitsch ist gefragt und wer glaubt, die Menschen umerziehen zu müssen, der soll sich daran erinnern, wie gut das in Verkehrsfragen gelingt und gelungen ist.

Wer am Sonntag beim Krampus-Perchtenlauf war, konnte sich davon überzeugen, wie groß das Interesse ist, ich kann das nicht abschätzen, aber angeblich waren ca. 15.000 Menschen unterwegs zwischen dem Eisernem Tor und dem Mariahilferplatz und wie hervorragend die Organisation dieses Megaevents gewesen ist. Gerüchte kursieren nun, dass man auf die Tätigkeit der ARGE Advent verzichten will und dass andere Organisationen, etwa die Handelsmarketing Gesellschaft, diese Agenden übernehmen sollte. Also ehrlich gesagt, so eine Erfolgsstory, dass man dieser Gesellschaft jetzt auch noch zusätzliche Aufgaben überstülpen müsste, hat diese Gesellschaft meines Erachtens bisher noch nicht geschrieben. Ich weiß natürlich, dass es sehr schwierig ist, die Unternehmer unter einen Hut zu bekommen und zu organisieren, aber dafür haben wir ja hauptberuflich jemanden engagiert und eine Gesellschaft gegründet, beziehungsweise umgekehrt, Gesellschaft gegründet und jemanden engagiert.

Auch das ganze Projekt Advent auszuschreiben, halte ich für verfehlt, denn es gibt absolut keinen sachlichen Grund, Altbewährtes zu zerstören. Und dass jene, die den Adventmarkt und den Krampuslauf organisieren, auch dadurch verdienen, ist, glaube ich auch keine Schande. Denn sind nicht alle Aktivitäten, auch die der Handelsmarketinggesellschaft darauf ausgerichtet, den Handel in Graz in seinem Konkurrenzkampf mit den Einkaufszentren zu unterstützen? Und das geht ja wieder um das Besser-Verdienen und Mehr-Verdienen.

Tun wir nicht so, als ob andere Adventmärkte qualitativ so viel besser wären. Salzburg ist vielleicht ein bisschen anders, ist seit vielen Jahren gewachsen und Traditionen und Brauchtum haben in der Stadt Salzburg seit jeher einen wesentlich größeren Stellenwert als in Graz, dort würden wahrscheinlich zwei Drittel der Gemeinderätinnen im Dirndl sitzen im Gegensatz zu uns, was ich nicht bedauere. Und Graz kann sich durchaus mit Wien, aber auch mit anderen Adventmärken, auch mit dem so hochgelobten Nürnberger Christkindlmarkt vergleichen, auch dort hat der Kitsch schon längst Einzug genommen.

Und jenen, die meinen, dass diese „älplerischen“ Hütten nicht ins Stadtbild passen, sei gesagt, dass man in unseren Breiten mit Advent und Weihnachten eben dieses älplerische Bild verknüpft; denken wir nur an die Weihnachtsbeleuchtung - die

meisten wollten wieder traditionelle Weihnachtsbeleuchtung und nicht modernes Lichtdesign. Es macht keinen Sinn, traditionelle Bilder mutwillig zerstören zu wollen. Das ist nicht nur meine persönliche Meinung, das sagen auch Fachleute aus dem Tourismus. Langer Rede kurzer Sinn,

Namens der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an dich, sehr geehrter Herr Stadtrat, die

F r a g e ,

ob du bereit bist, Anfang nächsten Jahres einen Runden Tisch einzuberufen, zu dem die ARGE Advent, das A 15, die GTG, der Tourismusverband, Handelsmarketinggesellschaft, auch andere Organisationen, die involviert sind und eventuell Klubvertreter aus den Gemeinderatsklubs eingeladen werden sollten, um aus sachlichen Kritikpunkten für nächstes Jahr Verbesserungen vornehmen zu können, um auch sicher zu stellen, dass bewährte Strukturen nicht zerstört werden und alle gemeinsam an dem Projekt Advent in Graz weiter arbeiten und ihre Ideen einbringen können.

StR. **Eisel-Eiselsberg**: Sehr geehrte Frau Klubobfrau! Seit dem Jahr 1995 hat Graz Tourismus die Aufgabe übernommen, Advent in Graz zu entwickeln. In den vergangenen vier Jahren (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), also 2002 bis 2005, hat die ARGE Advent einen Vertrag für die diesbezügliche Abwicklung erhalten und zur Bespielung der Plätze Mariahilferplatz, Franziskanerplatz und Hauptplatz. Wesentliche und auch, wie ich denke, spürbare Verbesserungen konnten damit erreicht werden. Graz Tourismus hat mir dazu einige Zahlen übermittelt, also im Zeitraum von 1995 bis jetzt 2005 haben sich die Gesamtjahresnächtigungen in Graz um rund 49 % sind die angestiegen, aber wenn man nur den Dezember vergleichen würde, im selben Zeitraum sind es 58 %, das heißt, dass hier die Zahlen doch nicht zuletzt auf Grund der Aktivitäten Advent in Graz überproportional gestiegen sind und dabei sind die Tagesbesucher nicht berücksichtigt, da geht die Schätzung in die Richtung, dass sich im gleichen Zeitraum

rund eine Verfünffachung ergeben hat. Also das sind einmal die nackten Zahlen sozusagen. Graz Tourismus meint auch, dass, seit die Stadt Graz diese Aktivitäten setzt, man durchaus am touristischen Weihnachtsgeschäft mitnaschen kann und dass das nach außen getragene Adventbild von Graz überaus stimmungsvoll und geprägt ist von einer sehr heimeligen und sympathischen Anmut und Atmosphäre. Die Akzeptanz des Grazer Angebotes sei in der Zwischenzeit auch äußerst hoch und die Erfahrung der letzten Jahre zeigt, dass gerade im Advent Traditionelles von enormer Bedeutung ist und Experimentelles sehr, sehr risikobehaftet ist. Zur Anfrage beziehungsweise zum Antrag selbst, selbstverständlich bin ich bereit, zumal ja, wie erwähnt, der Vertrag jetzt mit Ende Jänner ohnedies ausläuft mit der ARGE Advent. Wir müssen uns zusammensetzen, diese Vorgangsweise wurde auch bereits im Rahmen einer Aufsichtsratssitzung der HMG so beschlossen oder so angedacht. Ich denke, mit diesem genannten Kreis oder wer auch immer dann sich als dienlich herausstellt, wird auch festzulegen sein, ob das was entstanden ist, weiter versucht zu verbessern oder diese Gruppe kommt auch zur Überlegung, nein wir suchen uns überhaupt jemanden Neuen, dem kann ich heute nicht vorgreifen. Persönlich glaube ich auch so wie du, dass man das, was entstanden ist, so gut es geht mit unseren Möglichkeiten verbessert, aber ich denke, wir müssen uns immer im Klaren sein, dass bei allem Wünschenswerten auch die wirtschaftliche Komponente nie aus den Augen verloren werden darf (*Applaus ÖVP*).

4) Jugendwohlfahrt – volle Erziehung

GRin. **Potzinger** stellt an StRin. **Kaltenbeck-Michl** folgende Frage:

GRin. **Potzinger**: Sehr geehrte Frau Stadträtin! Auf der heutigen Tagesordnung haben wir ein Gemeinderatsstück, welches zum Ziel hat, bereits vom Gemeinderat beschlossene Bauvorhaben für Jugendwohlfahrtseinrichtungen zur Vollunterbringung von Kindern und Jugendlichen zu reduzieren.
In vorangegangenen Besprechungen und Anfragebeantwortungen hast du, sehr geehrte Frau Stadträtin, bestätigt, dass eine beträchtliche Zahl von betroffenen

Kindern und Jugendlichen derzeit außerhalb von Graz betreut wird. Wir durften da auch ausführliche Informationen vor knapp einem Jahr bekommen bei einer Klausurtagung des Jugendausschusses im Jugendamt, wo wir fachkundig intensiv informiert wurden. Im Einzelfall ist es aus pädagogischen Gründen unumgänglich, Kinder außerhalb von Graz unterzubringen, das hat auch der Fachreferent, der Herr Peter Engel, diese Woche im Fachausschuss bestätigt, er hat aber dazugesagt, in den meisten Fällen ist es besser, wenn die Kindern in ihrem vertrauten Umfeld bleiben. Im Einzelfall, wie gesagt, auch außerhalb, doch wie sieht es insgesamt aus? Es geht in erster Linie um das Wohl der Kinder, aber es geht auch um Arbeitsplätze in der Stadt Graz im sozialpädagogischen Bereich. Die im genannten Gemeinderatsstück vorgeschlagenen Alternativen beziehen sich, was die Liegenschaften und Standorte betrifft, hauptsächlich auf Standorte wieder außerhalb von Graz und das erfüllt uns deshalb mit Sorge.

Daher richte ich an dich, sehr geehrte Frau Stadträtin, die

F r a g e :

Wie viele Grazer Kinder und Jugendliche werden derzeit außerhalb zu welchen Kosten für die Stadt Graz außerhalb von Graz in Voller Erziehung jugendwohlfahrtlich betreut? (Applaus ÖVP).

StRin. **Kaltenbeck-Michl**: Sehr geehrte Frau Gemeinderätin Potzinger! Du beziehst dich in deiner Anfrage auf das heutige Gemeinderatsstück und erklärst darin, ich zitiere noch einmal dich und das Gemeinderatsstück, welches zum Ziel hat, bereits vom Gemeinderat beschlossene Bauvorhaben für Jugendwohlfahrtseinrichtungen zur Vollunterbringung von Kindern und Jugendlichen zu reduzieren. 2001, ich erinnere, gab es, wie du richtig feststellst, einen einstimmigen Grundsatzbeschluss, der Folgendes vorsah: Insgesamt fünf neue Einrichtungen zu schaffen, dass drei der neu zu schaffenden Einrichtungen und die bestehende Jugendwohlfahrtsgemeinschaft 1 von der Stadt Graz selbst zu führen sind und zwei der neu zu schaffenden Einrichtungen privaten Trägern zur Führung überlassen

werden sollten. Was mich ein bisschen verwundert bei deiner Anfrage, ist das Faktum, und um das geht es ja auch in Wirklichkeit in deiner Anfrage, alle die im Ausschuss die Diskussion verfolgen durften oder mussten, werden das ja auch so erlebt haben. Was mich befremdet ist, dass du unter den Tisch fallen lässt, dass es in Folge des Grundsatzbeschlusses aus dem Jahr 2001, am 20. 1. 2005, eine mehrheitlich vom Gemeinderat beschlossene Abänderung dieses Grundsatzbeschlusses gab. Ich darf auf diese Abänderung als Erinnerung noch einmal hinweisen und zitiere, im Hinblick auf die finanzielle Situation der Stadt Graz werde vom Amt für Jugend und Familie gerade geprüft, ob potentielle private Träger bereit seien, von sich aus adäquate Betreuungsplätze anzubieten. Wenn der Bedarf dadurch gedeckt würde, könnten kostengünstigere Varianten zum Tragen kommen. Es wurde daher in dieser Sitzung damals beschlossen, jenen Teil des Grundsatzbeschlusses, der vorsieht die Schaffung von Einrichtungen zur Nutzung durch private Träger, für ein Jahr, nämlich bis zum 31. 12. 2005, auszusetzen. Nun hat die Überprüfung durch das Amt für Jugend und Familie ergeben, dass es ausreichend private Träger gibt, die mit der Betreuung der Vollen Erziehung von Kindern und Jugendlichen betraut werden können, sodass der Bedarf an Betreuungsplätzen neben jenen, die wir anbieten in den drei Jugendwohngemeinschaften und dann in der vierten, die noch zu errichten ist, bis auf weiteres gedeckt ist und die Stadt Graz in ihrer finanziell angespannten Situation keine weiteren Ausgaben für die Neuschaffung von weiteren privaten Trägern errichten muss, aufbringen muss; damit ersparen wir der Stadt zweimal Kosten von 650.000,- Euro Errichtung und Einrichtung. Zu deiner konkreten Frage, wie hoch die Kosten für die Stadt Graz beziehungsweise außerhalb von Graz sind, darf ich dir mitteilen, Basis für die Berechnungen der Kosten für die Volle Erziehung ist die Unterbringung von Kindern und Jugendlichen in stationären Betreuungsformen, also in Heimen, Wohngemeinschaften und mobil betreuten Wohnformen. Geographisch wird innerhalb von Graz der Großraum Graz verstanden, auch auf Landesebene, da Kinder und Jugendliche, die beispielsweise in Stübing oder am Steinberg oder sonst irgendwo leben, im Umfeld von Graz bei sozialpädagogischer Indikation durchaus weiterhin guten Kontakt zu ihrem bisherigen familiären und sozialen Netz in Graz pflegen können. Die Gesamtkosten Volle Erziehung belaufen sich für 2005 auf Euro 6.447.845,-, dieser Betrag setzt sich zusammen aus 4.427.366,- Euro im Großraum Graz für 138 Kinder und Jugendliche, 725.626,- Euro für 25 Kinder und Jugendliche

in der restlichen Steiermark, das sind 11,25 % der Gesamtkosten, und 35 Kinder und Jugendliche in anderen Bundesländern 1.294.000,- Euro, also insgesamt reden wir von 198 Kindern und Jugendlichen in Summe. Richtigerweise hast du darauf hingewiesen, dass die Unterbringung von Kindern in anderen Bundesländern als sozialpädagogische Indikation manchmal notwendig ist, um Kinder aus dem sozialen Umfeld, das für sie ganz und gar nicht förderlich ist, zur Gänze herauszubringen. Jetzt muss man natürlich von diesen Gesamtkosten den Kostenrückersatz durch die Steiermärkische Landesregierung in der Höhe von 60 % abziehen. Insgesamt ergibt sich dann ein Gesamtnettobetrag von 2.579.138,- Euro für die Stadt Graz. Ich darf noch einmal ergänzen, weil ich diese Zahlen nicht genannt habe, für den Großraum Graz bringen wir 68,67 % der Gesamtkosten auf und das sind 69,7 % der untergebrachten Minderjährigen (*Applaus SPÖ*).

GRin. **Potzinger**: Ich bedanke mich zuerst bei der Frau Stadträtin für diese Informationen, kann aber nicht zur Kenntnis nehmen ihren Vorwurf, ich hätte unter den Tisch fallen lassen, was Anfang des Jahres beschlossen wurde. Das ist überhaupt nicht der Fall. Wir haben gemeinsam beschlossen, dass das Amt die Ausbauphase für ein Jahr sistiert werden sollte, um zu überprüfen, ob es Alternativmöglichkeiten gibt, die Überprüfung hat stattgefunden und die Ergebnisse sind im Stück nachzulesen. Es ist aber keinesfalls so, dass das gesamte Angebot sich auf den Großraum Graz bezieht, ich zitiere hier das Angebot „Rettet das Kind“, die Villa Lützow am Semmering auszubauen, Semmering kann ich nicht als Großraum Graz bezeichnen, genau so wenig wie ein Angebot aus dem Bereich Leibnitz und immerhin werden derzeit nur zwei Drittel der Kind im Großraum Graz betreut. Es ist unser Bestreben, dass mehr Kinder im Großraum Graz betreut werden können. Es geht um das Wohl der Kinder, aber auch um die Arbeitsplätze im Großraum Graz und deshalb habe ich die Zusatzfrage: Frau Stadträtin bist du bereit, eine Ausschreibung zu veranlassen, welche zusätzlichen Möglichkeiten es im Großraum Graz auf privater Basis möglich, welche zusätzliche Möglichkeiten es da geben könnte, auszuschreiben (*Applaus ÖVP*)?

StRin. **Kaltenbeck-Michl**: Also erstens, wenn du meinst, dass ich ungerechtfertigt behauptet hättest, dass du etwas nicht erwähnt hast und unter den Tisch fallen hast lassen, dann würde ich dich bitten, dass du deine eigene Anfrage durchliest, dort ist es nämlich genau so, dass du nur den einen Teil des Gemeinderatsbeschlusses zitierst, aber nicht jenen, um den es in der vorigen Sitzung und in der heutigen Sitzung geht erstens und zweitens bin ich ganz sicher nicht bereit, irgendeine Ausschreibung oder irgendeine Vorgangsweise zu wählen, die nicht im Kinder- und Jugendausschuss beschlossen werden wird. Im Kinder- und Jugendausschuss wird mit großer Wahrscheinlichkeit, nachdem ihr das heute absetzen werdet, in der nächsten Sitzung die vom Jugendamt und von mir vorgeschlagene Vorgangsweise gewählt. Ich bitte, zur Kenntnis zu nehmen, dass sich niemand mehr Sorgen macht um das Wohl des Kindes als meine Experten/Expertinnen im Jugendamt, ich bitte auch zur Kenntnis zu nehmen, dass niemand von uns professionelleres Know-how in diesen Bereich hat, als meine Experten und Expertinnen im Jugendamt und ich bitte drittens zur Kenntnis zu nehmen, dass ich keine Vorgangsweise wählen werde, die nicht unseren Beschlüssen und unseren Vorstellungen von Qualität entspricht und unseren Vorstellungen von Kostenbewusstsein in der Jugendwohlfahrt, nur um irgendeinen Privaten sozusagen als Filiale, wir wissen ja, um wen es geht, als Filiale des Jugendamtes zu betrachten und zu finanzieren, das kommt für mich nicht in Frage (*Applaus SPÖ*).

5) Sperrstundenregelung in Gastgärten

GRin. **Zeiler** stellt an StR. **Miedl** folgende Frage:

GRin. **Zeiler**: Sehr geehrter Herr Stadtrat! Wie Sie wissen, hat der Verfassungsgerichtshof die Gewerbeordnung geändert, die Kompetenz, die Sperrstunden für die Gastgärten zu regeln, fällt nun in die Kompetenz der Gemeinde. Sie haben jetzt die undankbare Aufgabe, sich in Zukunft mit dieser Problematik zu befassen, sie ist nicht neu und die Problematik ist auch bekannt, es liegen Gutachten vor von Dr. Kind, von Dr. Wallner, aber auch von unserem eigenen Umweltamt und

unserem Gesundheitsamt und ich hoffe deshalb, dass wir nicht wieder bei Null anfangen in dieser Angelegenheit und möchte deswegen auch zwei Dinge erwähnen, um die Diskussion abzukürzen und eben das zu verhindern, dass wir nicht wieder bei Null anfangen, nämlich zum Beispiel die Sache, das immer wieder argumentiert wird, dass keine oder zu wenig Anzeigen bei der Polizei vorliegen, das liegt an ihrer mangelnden Zuständigkeit, denn die Polizei kann nur bei ungebührlichem Lärm einschreiten, nicht jedoch bei unzumutbarem Lärm. Dass aber auch unzumutbarer Lärm gesundheitsschädlich ist, ist wie gesagt belegt durch die vorher erwähnten Gutachten, die vorliegen vom Umweltamt und vom Gesundheitsamt. Eines möchte ich noch sagen, es geht uns auch nicht darum, dass wir die Stadt zusperren wollen, dass die Menschen nicht feiern und genießen dürfen, sondern es geht nur darum, dass zu späterer Stunde im Lokalinneren weitergefeiert und auch weiter genossen wird, das möchte ich betonen, weil das auch immer als Argument angewandt wird, das einfach nicht stimmt. Sondern es geht nur um den Schutz jener Menschen, die in der Früh aufstehen müssen, nicht wollen, sondern müssen, weil sie zur Arbeit gehen müssen oder zur Schule gehen müssen.

Daher stelle ich an Sie die

F r a g e

im Namen des KPÖ-Gemeinderatsklubs:

In welcher Form werden Sie der neuen gesetzlichen Lage Rechnung tragen? (*Applaus KPÖ*).

6) Gastgärten

GRin. Rücker stellt an StR. **Miedl** folgende Frage:

GRin. **Rücker**: Ich möchte mir jetzt nicht nehmen lassen, eben diese Frage etwas anders formuliert auch zu stellen, möchte aber kurz vorausschicken, wie die Vordiskussion der letzten drei Tage zu dieser Frage war. Wir haben sie am Dienstag zeitgemäß eingebracht, hatten dann als Erstes die Rückmeldung, dass dieses Gesetz noch nicht in Gültigkeit sich befände und deswegen diese Frage noch nicht gestellt werden könnte. Inzwischen ist das geklärt, das Gesetz gilt und trotzdem möchte ich in diesem Rahmen einmal anmerken, wie sinnvoll es ist, ein Statut zu haben und da möchte ich nachfragen, wann die Statutenkommission, die Redaktionsgruppe zur Änderung der Statuten wieder tagen wird, und hätte da einen Vorschlag, darüber nachzudenken, wie sinnvoll es ist, nur Fragen zuzulassen, die im eigenen Wirkungsbereich der Stadt momentan liegen. Ob es nicht auch Sinn macht, durchaus auch Fragen zu behandeln hier herinnen, die demnächst im Wirkungsbereich der Stadt liegen werden, weil im Sinne einer besseren Planbarkeit und im Sinne eines Gestaltungsauftrages, den Politik hat, wäre es durchaus sinnvoll zu sagen, ok, wir wissen, der Gesetzesentwurf ist jetzt da, das Gesetz steht vor Beschlussfassung und wir sollten uns in der Gemeinde darauf vorbereiten. Das heißt, ich würde gerne dieses Diskussion über diese Frage anzetteln, aber das können natürlich Sie mir, Herr Stadtrat jetzt nicht beantworten, aber ich will es hier herinnen gesagt haben, es muss auch über Dinge diskutiert werden können hier herinnen, die demnächst in den Wirkungsbereich der Stadt kommen, nur als Kontext.
Ich stelle jetzt diese Frage zur Thematik, die die Kollegen Zeiler ja deutlich vorgestellt hat, noch etwas konkreter in Bezug auf die

F r a g e ,

was sind Ihre nächsten Schritte, um entsprechend den neuen Vorgaben der Gewerbeordnung einen Diskussionsprozess zwischen Politik, Verwaltung und den Betroffenen, wie wir es ja auch mehrfach eingebracht haben, einzurichten, die es dann ermöglichen noch bis zum Frühjahr 2006 eine differenzierte und ausgewogene Regelung für die Öffnungszeiten der Grazer Gastgärten herbeizuführen?

StR. **Miedl**: Liebe Frau Gemeinderätin Rücker und liebe Frau Gemeinderätin Zeiler! Zum Ersten, ich habe auch eine politische Antwort von der von Ihnen geforderten Reform der Statuten, ich sage Ihnen als politischer Mensch muss der Gemeinderat über alles diskutieren können, was die Menschen bewegt und da bin ich wirklich ein sehr offensiver Mensch. Und ich fordere Sie auf und ich lade Sie geradezu ein, alle Diskussionen, die die Menschen betrifft, bewegt, hier einzubringen. Das muss nicht unbedingt in dieser Form sein, sondern es gibt ausreichend Tagesordnungspunkte, wo man sich dann auch zu diesen Tagesordnungspunkten entsprechend zu Wort melden kann. Ich glaube, das Parlament lebt geradezu davon von der Wechselrede und von den Haltungen und Sie haben die Aufgabe, das Wollen der Menschen hier hereinzutragen. Zum Konkreten, meine sehr geehrten Damen und Herren und liebe Anfragestellerinnen: Die Gewerbeordnung regelt im § 112 diese Bestimmung und sagt zum Ersten, es gibt einen, aus meiner Sicht, negativen Kompetenzkonflikt, meine Fachleute sagen, es wäre nicht ganz meine Aufgabe, sondern fiele in den Bereich des Vizebürgermeister Walter Ferk, weil das BürgerInnenamt dafür zuständig ist. Dessen ungeachtet...

Zwischenruf Bgm.-Stv. Ferk: Nein.

StR. **Miedl**: Kollege Ferk, das müssen wir klären. Dessen ungeachtet gebe ich Ihnen gern meine Haltung wieder. Es ist so, dass der Verfassungsgerichtshof nicht das Gesetz an sich behoben hat, sondern die Verordnung behoben hat. Das heißt, er hat die Verordnung des Landes behoben und hat gleichzeitig festgestellt, dass eine Übertragung dieses Wirkungskreises an die Gemeinde notwendig ist. Ich bin ja froh darüber, weil man direkter reagieren kann. Die Situation, sage ich nur dazu, mit den Sperrstundenverordnungen ist in ganz Europa in Wirklichkeit die selbe und egal, ob der Zuständige Werner Miedl, Walter Ferk oder sonstwie heißt, wir haben da ein Problem, das wir nur gemeinsam bewältigen können. Zum Ersten stelle ich fest, dass auf Grund der alten Verordnung, die wir jetzt neu überdenken müssen, zwischen 8.00 und 23.00 Uhr auf öffentlichem Grund Gastgärten geöffnet werden können und

auf Privatgrund zwischen 9.00 und 22.00 Uhr. Darüber hinaus ist festgestellt in dieser Verordnung, dass der Zeitraum von 15. Juni bis 15. September gilt und dass jetzt das sozusagen im eigenen Wirkungsbereich neu geregelt werden kann, soweit die Faktenlage. Das Problem, dass ich orte, ist folgendes, dass ich glaube, dass das kein Problem des Gasthauses im üblichen Sinn ist, sondern vielmehr ein Problem des Freiraumes und der Straße und genau dort hört die Kompetenz des Gemeinderates beziehungsweise des Gesetzgebers auf. Das heißt, wir müssen andere Strategien uns überlegen und anstreben, damit wir das Problem in den Griff kriegen. Wir können es natürlich politisch hin- und herschieben, aber grundsätzlich wollen wir ja den Menschen helfen, und zwar ohne das Kind mit dem Bade (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) auszuschütten. Ich sage, dass es sehr ernsthafte Überlegungen gibt mit Mediation Versuche zu starten, das Projekt Leo ist sehr vielen von Ihnen bekannt, das werden wir entsprechend vorstellen. Zum Zweiten bin ich dafür, und da bitte ich Sie beide, wenn es Unzulänglichkeiten gibt, sagen Sie es mir, sobald wir die Kompetenzlage geklärt haben, ich nehme es auf alle Fälle politisch gerne entgegen, um das einer Klärung zuzuführen. Sobald es Klagen gibt, geben Sie sie an mich weiter. Zweiter Punkt, ich werde dann die Polizei ersuchen, wenn es Klagen gibt, mittels Landesgesetzblatt 158/75, das ist die ungebührlicherweise störende Lärmerregung, die ist nicht objektgebunden, sondern das gilt auch auf den öffentlichen Plätzen, vorzugehen. Ich habe gestern ein Gespräch mit Brigadier Kemeter diesbezüglich gehabt, der ist auch bereit uns da zu helfen und zum Letzten und Dritten, meine Damen und Herren, wir müssen versuchen, dass man die Vielzahl der Gastwirte, der Gastronomen, die Tag für Tag offen halten und ihre Arbeit wirklich ordentlich und in Ordnung machen, zu trennen von jenen wenigen, die sich um nichts kümmern und da bin ich ganz bei Ihnen im Boot, wenn es wiederholte Verletzungen dieser vereinbarten Regeln gibt, dann wird es Reaktionen geben, von mir oder von Walter Ferk, wer immer das sein soll. Da bin ich bei Ihnen im Interesse des Schutzes unserer Bürger, damit auch eine klare Antwort von meiner Seite (*Applaus ÖVP*).

GRin. **Zeiler**: Sie haben angesprochen das mit dem Freiraum auf der Straße. Das geht nicht ganz auf unser Problem ein, weil Sie haben schon Recht, es gibt auch dieses Problem und das ist auch ein bekanntes Problem, auch aus der Zeit, wo Sie gerade nicht im Gemeinderat waren. Nur in dem, von dem wir jetzt sprechen, da geht es wirklich um die Gastgärten und nicht um die bekannten Fälle wie Mondscheingasse, falls Sie das vielleicht angedacht haben, sondern wirklich um die Gastgärten und da kann man schon zur Lärmreduktion beitragen, wenn, wie gesagt, der Gastgarten geschlossen, nicht die Gaststätte, sondern dass das einfach im Inneren stattfindet, damit es einfach draußen leiser ist. Wenn sie darauf eingehen mit dem, dass die Menschen das verstehen, ich glaube, wenn die Gastgärten wirklich früher geschlossen werden oder rechtzeitig geschlossen werden, dann werden sie auch danach fragen, warum das notwendig ist, dann kann man erklären, dann kann die Mediation durch die Gastwirte nämlich in Kraft treten, indem sie einfach erklären, das ist, damit die Menschen schlafen können. Ich bin mir ganz sicher, die Gäste werden das verstehen, wenn man es ihnen erklärt. Wenn man nicht sagt, wissen Sie, da sind ein paar Depperte, die wollen ihre Ruhe haben, aber sie sind eh so arm, das habe ich damit nicht gemeint, aber das brauche ich, glaube ich, nicht extra betonen. Dann haben Sie das mit der Polizei erwähnt, das geht auch nicht direkt auf das ein, wie gesagt, Sie haben sehr richtig bemerkt, das mit dem ungebührlichen...

Zwischenruf GRin. Gesek: Zusatzfrage:

GRin. **Zeiler**: Ok. Das mit dem ungebührlichen Lärm geht auch nicht direkt auf meine Frage ein, weil ich ja vom Unzumutbaren gesprochen habe, aber jetzt schaut mich schon der Herr Bürgermeister böse an, deshalb stelle ich meine Zusatzfrage. Was werden Sie tun, wenn Gastwirte um eine Ausweitung der Öffnungszeiten der Gastgärten in den Nachtstunden an Sie herantreten, denn es liegt ein Rechtsgutachten von Dr. Kind vor, dass dafür ein Erhebungs- und Ermittlungsverfahren notwendig ist, um feststellen zu können, ob das überhaupt zumutbar ist.

StR. **Miedl**: Frau Gemeinderätin, ich folge Ihnen nicht dabei und ich habe Sie eingeladen, mit uns gemeinsam ein Problem zu beheben, aber wenn die Lösung des Problems so ausschaut, dass man schon mit dem Finger auf Schuldige hinzeigen, können wir das nie lösen, weil da gibt es Aktion und Reaktion, so können wir es nicht lösen. Sie haben gesagt, ich bin nicht auf das Problem eingegangen. In Wirklichkeit habe ich versucht, das gesamte Problem zu umschreiben. Es gibt zwei Problemarten, der Lärm im Gasthaus und der Lärm außerhalb des Gasthauses und jetzt haben wir eine Möglichkeit, mit einem neuen Instrumentarium sozusagen vorzugehen. Sie fragen mich, was ich vorhabe zu tun, das sage ich Ihnen gerne. Ich werde weitestgehend liberal agieren und zwar liberal im Sinne des Gesetzes und im Interesse der Bürger. Wenn ich aber merke, dass die Spielregeln, die wir vereinbaren und wo ich Sie einlade, daran mitzuarbeiten, weil dass die Spielregeln nicht eingehalten werden, dann werden wir restriktiv agieren und dazu werde ich mir etwas ganz Genaues überlegen. Ich werde mit Ihnen gemeinsam, das können wir gerne besprechen, eine Vorgangsweise beschließen. Ich habe sie jetzt noch nicht bei der Hand, aber wir werden sie gemeinsam beschließen und all das, was Sie in Ihrem Motivenbericht erwähnt haben, wird dabei Berücksichtigung finden. Ich hoffe damit eine klare Antwort gegeben zu haben.

GRin. **Zeiler**: ...weil Sie in der Frage neu sind, die Sache selbst und für den Gemeinderat nicht neu. Das wollte ich nur verhindern, dass Sie sozusagen uns antworten, was wir eh schon alle wissen.

GRin. **Rücker**: Ich will da gleich anschließen, weil die Frage der Kompetenzen zu klären, das hätte eigentlich schon länger stattfinden sollen und auf Seiten der Gemeinde gibt es eindeutig geklärte Kompetenzen, was die Gewerbeordnung, was das Gastgartenwesen etc. anbelangt. Ich schätze Ihre Diskussionsbereitschaft allgemein, aber wenn wir jetzt die Möglichkeit haben, als Stadt konkrete Schritte zu setzen, dann sollen wir die tun und die wollten wir gerne hören. Vielleicht ist es wirklich noch zu kurzfristig nach Ihrer Einarbeitszeit, aber wir möchten in kürzester

Zeit hören, was ab 1. Jänner oder ab sofort, weil das Gesetz gilt ja eigentlich ab sofort, für konkrete Maßnahmen geplant sind, die in Ihrer Kompetenz liegen; dass es da mehrere gibt, die Kompetenz haben, ist uns allen klar da herinnen und deswegen frage ich Sie, was sind die konkreten nächsten Schritte, die Sie planen, die waren mir noch nicht klar.

StR. **Miedl**: Ich wiederhole, ich lade Sie ein, mir konkret jene Beschwerden zu nennen und ich werde jeder konkreten Beschwerde nachgehen, erster Punkt. Zweiter Punkt, ich habe gesagt, ich werde mit Ihnen gemeinsam die Richtlinien ausarbeiten, die wir brauchen, damit wir eine einheitliche Vorgangsweise wählen können. Mehr kann ich zur Zeit nicht sagen, es tut mir herzlich Leid, ich akzeptiere, dass Sie politisches Kleingeld schlagen wollen aus der Situation, dazu bin ich natürlich nicht bereit, sage ich Ihnen ganz klar, Frau Kollegin, da haben Sie in mir keinen Partner, weil politische Spielerein kann ich natürlich auch, aber ich habe versucht, sehr sachlich auf ein Problem, das Sie mir schildern, einzugehen, dazu bin ich bereit und die politischen Spielereien lassen wir draußen (*Applaus ÖVP*).

7) Stadtbibliotheken

GR. Mag. **Korschelt** stellt an StR. **Miedl** folgende Frage:

Mag. **Korschelt**: Sehr geehrter Herr Stadtrat! Vor zehn Tagen wurde uns im Kulturausschuss eine Studie über die Bibliotheken oder über die Situation der Bibliotheken der Stadt Graz präsentiert und ich darf da auf die Frage eingehen, obwohl diese Studie gezeigt hat, dass die Bibliotheken der Stadt Graz eher aufrüsten sollten, ist nur ein Abrüsten dieser Bibliothekseinrichtung geplant. Ich glaube nicht, dass es der richtige Weg ist, bei Bildung zu sparen. Vor allem glaube ich aber nicht, dass es der richtige Weg ist, Wissbegierige von der Bildung auszuschließen, indem öffentliche Bibliotheken ersatzlos gestrichen werden.

Namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs stelle ich daher an dich, sehr geehrter Herr Stadtrat, die

A n f r a g e :

Werden tatsächlich städtische Bibliotheken ersatzlos geschlossen und damit vielen Grazerinnen und Grazern der Zugang zur Ausbildung, Weiterbildung oder einfach zur Unterhaltung verwehrt?

StR. **Miedl**: Lieber Herr Gemeinderat Korschelt! Ich folge Ihrem Motivenbericht zu hundert Prozent, genau das will ich auch nicht. Sie müssen wissen, meine Damen und Herren und Herr Magister, ich habe diese Umfrage oder diesen Auftrag der Erhebung von meinem Vorgänger geerbt und ich bin froh, dass Christian Buchmann diesen Auftrag gegeben hat, wie ich überhaupt froh bin, dass er mir ein geordnetes, politisches Büro und ein geordnetes Amt hinterlassen hat in dieser Frage. Wenn jetzt auf Grund dieser Studie herauskommt, dass Graz genau über eine Bibliothek verfügt, die den internationalen Standards entspricht, nämlich den Zanklhof mit der Mediathek gleich daneben und in dieser Studie zum Ausdruck kommt, dass man uns dringend empfiehlt anzudenken, wie man hier verbreiten kann, damit genau die betroffenen Bürgerinnen und Bürger in eine Bibliothek gehen, um das Lebensmittel Buch für sich in Anspruch nehmen zu können, darüber hinaus auch noch natürlich den Film oder die Audio-CD, dann ist es legitim aus meiner Sicht, dass man politisch darüber nachdenkt. Und ich kann Sie insofern beruhigen, als ich selbstverständlich nicht denke, Bibliotheken ersatzlos zu streichen. Ich denke, dass wir Folgendes tun müssen: Wir müssen schauen, wie kommen wir zu qualitativ hochwertigen Bibliotheken, die man möglichst auch über Graz verteilt, nämlich dass rechts der Mur, links der Mur und möglicherweise im Zentrum gut funktionierende, dem neuen Standard entsprechende Bibliotheken stattfinden. Darüber hinaus sage ich Ihnen, dass der Bücherbus in der jetzigen Form Großartiges leistet, der senkt die Hemmschwelle und ist genau dort mit seinem Angebot, wo normalerweise Jugendliche, aber auch Erwachsene nicht in eine Bibliothek kommen. Daher auch ein wirkliches Plädoyer für den Bücherbus, der hat großartige Leistungen. Darüber

hinaus denke ich aber auch noch nach, ob man nicht das Netz verdichten könnte und da muss es nicht unbedingt ein beamtetes Netz geben, sondern es gibt Netze, derer wir uns bedienen können, wo das Buch, die CD, der Film auch an die Frau und den Mann gebracht wird, und darüber denke ich nach. Und da lade ich auch Sie recht herzlich ein, mit uns da einen Schritt mitzugehen, ich habe es im Kulturausschuss bereits gesagt, dass ich bereit bin wirklich auf die Intentionen der verschiedensten Fraktionen da speziell einzugehen, weil ich auch weiß, wie sensibel und heikel dieser Bereich ist. Daher ein Angebot von mir an Sie, ich bin, jetzt dabei, das vorzubereiten. Ich würde als Erstes dann Sie mit dem vorbereiteten Inhalt konfrontieren, mir Ihre Meinung einholen, denke auch, dass ich die Klubobleute der Fraktionen dazu einlade und dann eine Konzeption verfolge, von der ich annehme, dass Sie ihren Intentionen ganz sicher Rechnung tragen würde.